

# nach Neuregelung bei Inkasso



In der Schuldenfalle: Überhöhte Inkassogebühren können die Situation massiv verschlechtern.

Foto: Thinkstock/Roel Smart

## Verschuldet

**Das macht es teuer:** Laut Gesetz dürfen nur die notwendigen Kosten zweckentsprechender außergerichtlicher Betreibungs- oder Einbringungsmaßnahmen verlangt werden. Kritiker sagen jedoch, dass oft schon bei Kleinstforderungen unnötige Bonitätsauskünfte eingeholt oder etwa Anschriftsermittlungen durchgeführt werden, obwohl die Adresse bekannt ist.

**Rund 50.000 Menschen** in Österreich wenden sich pro Jahr an eine Schuldnerberatung, in Tirol sind 3500 Betroffene in Beratung. Dass es nicht noch mehr sind, liegt laut Landesleiter Thomas Pachl nur daran, dass die Mitarbeiter bereits total ausgelastet sind. Für eine Ausweitung der Kapazitäten fehlt jedoch das Geld.

**Österreichische Gerichte** führen pro Jahr etwa 720.000 Pfändungen und 7600 Delogierungen durch.

antrag ein. Anstelle einzelner Gebührenposten samt unübersichtlichen Klauseln und insgesamt intransparenter Vorgehensweise solle es künftig eine Gesamtpauschalierung geben, die Inkassogebühr höchstens zehn Prozent der ausstehenden Forderung betragen können.

Die derzeitige Verord-

nung legt zwar fest, wie viel die vom Gläubiger beauftragten Inkassobüros maximal für einzelne Betreuungsschritte verrechnen dürfen, in der Praxis würden aber oft beinahe willkürliche Kosten verrechnet. Es liege dann an den Schuldnern, diese Kosten gerichtlich überprüfen zu lassen. „Da diese Menschen in der Re-

gel aber kaum über Geld verfügen, scheuen sie den Rechtsweg, das damit verbundene Prozesskostenrisiko und akzeptieren die überhöhten Kosten.“ Die Notlage der Menschen werde bewusst ausgenutzt, so Aslan. Sie fordert ein „faires, leicht zu überprüfendes System“.

Während die Inkassobranche in Österreich

boomt und etwa 2010 einen Umsatz von 234 Millionen Euro verbuchen konnte, ist der Schuldenstand der privaten Haushalte im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den vergangenen Jahren massiv angestiegen: Machte die Gesamtverschuldung 2001 noch 28 Prozent des BIP aus, waren es 2012 bereits 47

Prozent – eine Steigerung von fast 68 Prozent.

Auch Andreas Oberlechner, Konsumentenschützer der AK Tirol, wünscht sich Klarheit vom Gesetzgeber, mehr Transparenz und auch Obergrenzen bei der Berechnung der Kosten. Schuldnern rät er, sich nicht einschüchtern zu lassen und sich bei Unklarheiten zu melden.

## „Keinerlei Chance, Fußgänger auszuweichen“

**Innsbruck** – Das neue Jahr forderte in Tirol gleich in den Morgenstunden ein erstes Todesopfer.

Kurz vor sechs Uhr war ein US-Student aus Tennessee im Zillertaler Rohrberg auf der B169 im Bereich der Abfahrt Zell von einem Pkw erfasst und getötet worden. Laut Polizeiinspektion Zell am

Ziller sei der 23-Jährige plötzlich von rechts auf die Fahrbahn gelaufen.

Der 59-jährige einheimische Pkw-Lenker habe noch versucht, nach links auszuweichen, erfasste jedoch den Fußgänger. Dieser wurde nach ein paar Metern auf die Fahrbahn geschleudert. Der Autofahrer landete aufgrund

des Ausweichmanövers im Straßengraben.

Von dort aus wurde der Unfallwagen von der Staatsanwaltschaft auch sofort beschlagnahmt, um abzuklären, ob der tödliche Unfall nicht eine fahrlässige Tötung unter besonders gefährlichen Verhältnissen darstellt. Ein eingeholtes Kfz-Gut-

achten brachte nun jedoch ein eindeutiges Ergebnis und führte am Freitag zur Einstellung des Verfahrens gegen den einheimischen Fahrzeuglenker.

Staatsanwalt Hansjörg Mayr auf Anfrage zur *TT*: „Der Lenker hatte laut Gutachten keinerlei Chance, den Zusammen-

stoß mit dem Fußgänger zu vermeiden. Auch war der Mann im Dunkeln weder zu schnell gefahren noch alkoholisiert.“

Der Getötete hatte mit irischen Studienkollegen bei Mayrhofen seinen Skiurlaub verbracht und wurde nach einer gerichtlichen Obduktion in die Heimat überstellt. (*fell*)